

Demografischer Wandel – strategische Implikationen für den Bankensektor und Konsequenzen für die Finanzmarktstabilität¹

Stefan W. Schmitz

Dieser Beitrag präsentiert die wichtigsten Ergebnisse eines von der Abteilung für Finanzmarktanalyse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Programms zum Thema „Ageing and its implications for banks and bank strategy“ und diskutiert darauf aufbauend die Implikationen der Bevölkerungsalterung für die Finanzmarktstabilität. Dabei wird zunächst die grundlegende Frage gestellt, ob demografische Entwicklungen für den Bankensektor und die Finanzmarktstabilität überhaupt von Belang sind. Die vorliegende Studie beantwortet diese Frage mit einem klaren Ja. Von dieser Prämisse ausgehend wird untersucht, welche konkreten Auswirkungen der demografische Wandel auf das Umfeld hat, in dem Banken agieren (genauer gesagt auf Wirtschaftswachstum, langfristige Realzinssätze und Wohnimmobilienmärkte), und wie sich Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur auf Umfang und Struktur der Nachfrage nach Bankdienstleistungen und Bankprodukten im Privatkundenbereich auswirken. Darüber hinaus wird dargestellt, wie Banken auf den demografischen Wandel reagieren und ihre Strategien entsprechend anpassen können. Abschließend wird auf die potenziellen Implikationen eingegangen, die sich für die Finanzmarktstabilität ergeben könnten.

1 Motivation und Zielsetzung

Die vorliegende Studie präsentiert die wichtigsten Ergebnisse des von der Abteilung für Finanzmarktanalyse der OeNB zum Thema „Ageing and its implications for banks and bank strategy“ durchgeführten Programms und behandelt vor diesem Hintergrund die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Finanzmarktstabilität. Im Rahmen des genannten Programms wurden zunächst die Auswirkungen untersucht, die sich – über einen Zeithorizont von bis zu 20 Jahren – angesichts des negativen Bevölkerungswachstums vor dem Hintergrund einer steigenden Lebenserwartung und zunehmender Migration für Banken und deren Strategien ergeben. Davon ausgehend wurden Rückschlüsse auf mögliche Implikationen für die Finanzmarktstabilität gezogen. Das Programm umfasste ein Arbeitspapier (Wood, 2006) und zwei Workshops unter

dem Titel „Ageing and Its Implications for Banks and Bank Strategy“, die im April bzw. im September 2006 abgehalten wurden. Der erste Workshop widmete sich den Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Bankwesen, d. h. Wirtschaftswachstum, langfristige Realzinssätze und Wohnimmobilienmärkte. Außerdem wurden im Rahmen von Präsentationen demografische Prognosen für Österreich und die EU sowie die Folgen demografischer Veränderungen für das Bankwesen dargestellt. Der zweite Workshop konzentrierte sich auf die strategischen Reaktionen der Banken vor dem Hintergrund des demografischen Strukturwandels und präsentierte den teilnehmenden Bankstrategen und -beratern die Ergebnisse des ersten Workshops. Im Rahmen des Programms setzte die OeNB das Thema auch auf die Tagesordnung des ESZB-

Wissenschaftliche
Begutachtung:
Markus Knell, OeNB.

¹ Übersetzung aus dem Englischen.

Ausschusses für Bankenaufsicht und übernahm die Leitung der entsprechenden Arbeitsgruppe.²

Die Motivation für die Durchführung des Programms lag in erster Linie in der wichtigen Rolle, die stabile Finanzmärkte neben der übergeordneten Aufgabe, die Preisstabilität zu gewährleisten,³ für die Oesterreichische Nationalbank und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) spielen. Neben der Beobachtung aktueller Entwicklungen ist die vorausschauende Einschätzung von potenziell eintretenden, langfristigen Wirtschaftsentwicklungen und deren Auswirkungen auf den Bankensektor ein wichtiger Bestandteil der makroprudentiellen Finanzmarktaufsicht.

Während die Fachliteratur über demografische Alterung und ihre Konsequenzen für Volkswirtschaft, Finanzmärkte und öffentliche Haushalte in den letzten Jahren rasch zugenommen hat, wurden die Folgen des Bevölkerungswandels für den Bankensektor bislang kaum behandelt. Eine Reihe europäischer und internationaler Organisationen hat aus unterschiedlichen Perspektiven die Auswirkungen des demografischen Alterungsprozesses untersucht: Vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik und der Europäischen Kommission wurde eine Studie veröffentlicht, in der die Folgen demografischer Entwicklungen für öffentliche Ausgaben in den Bereichen Pensionen, Gesundheitswesen, Alterspflege, Bildung und Arbeitslosenversicherung für die EU-25-Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2050⁴ prognostiziert werden. Die G-10-Staaten wiederum untersuchten

die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf Finanzmärkte.⁵ Die Konsequenzen demografischer Entwicklungen auf Volkswirtschaft, Leistungsbilanz und Geldpolitik wurden 2006 vom Geldpolitischen Ausschuss des ESZB und dem EZB-Rat intensiv diskutiert. Angesichts der intensiven Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Alterungsprozesses auf die genannten Teilbereiche der Wirtschaft ist es besonders auffällig, dass der Einfluss des Bevölkerungswandels auf Banken und deren Strategien bisher nur so wenig Beachtung fand. Das Programm der OeNB hat diese Lücke nun geschlossen.

2 Wesentliche Fragen und konzeptioneller Rahmen

Als erstes muss die Frage geklärt werden, inwieweit demografische Entwicklungen überhaupt für den Bankensektor und die Stabilität der Finanzmärkte von Belang sind. Zu diesem Zweck wurden drei wesentliche Wirkungskanäle identifiziert, über die eine deutliche Wechselwirkung zwischen demografischen Entwicklungen und dem Bankensektor erfolgt. Erstens: Banken sind von den Folgen des demografischen Wandels indirekt durch dessen Auswirkungen auf Volkswirtschaft, Finanzmärkte, Immobilienmärkte und die Zusammensetzung der Portfolios privater Haushalte betroffen. Zweitens: Durch den wachsenden Bedarf an kapitalgedeckter Pensionsvorsorge und die zusehends verschwimmenden Grenzen zwischen Banken und traditionellen Anbietern von Altersvorsorgeprodukten ist der Bankensektor ver-

² EZB (2006).

³ Vertrag über die Europäische Union, ABl. C 191, 29.7.1992.

⁴ Ausschuss für Wirtschaftspolitik und Europäische Kommission (2006).

⁵ OECD (2005).

mehrt den mit demografischen Veränderungen einhergehenden Risiken ausgesetzt. Dies wird anhand von österreichischen Marktbeispielen deutlich: So spielen Banken eine wichtige Rolle als Teilhaber überbetrieblicher Pensionskassen und bieten Kapitalgarantien für Altersvorsorgeprodukte an. Drittens: Bedingt durch den demografischen Wandel können sich Veränderungen im Produktportfolio von Banken ergeben.

Der konzeptionelle Rahmen für die vorliegende Analyse beruht auf der Theorie der Finanzintermediation, auf Problemen unvollständiger Märkte und Verträge sowie auf den Risiken, die der Bilanzstruktur von Banken inhärent sind.⁶ Zur Analyse der Auswirkungen der im Rahmen des Programms gewonnenen Erkenntnisse auf die Finanzmarktstabilität wurden ausgewählte Positionen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung von Banken herangezogen.

Im Rahmen der Studie werden folgende Kernfragen behandelt: Wie lauten die Hauptaussagen der aktuellen demografischen Prognosen (Kapitel 3)? Wie können demografische Veränderungen die Rahmenbedingungen – Wirtschaftswachstum, langfristige Realzinssätze und Wohnimmobilienmärkte – beeinflussen, unter denen Banken operieren (Kapitel 4)? Wie planen die an den Workshops beteiligten Banken auf den demografischen Wandel zu reagieren (Kapitel 5)? Wie sehen die potenziellen Auswirkungen dieser Reaktionen auf die Finanzmarktstabilität aus (Kapitel 6)?

3 Demografischer Wandel

Demografische Prognosen für die EU und für Österreich dienen als Basis der Quantifizierung jener Entwicklungen, die in diesem Beitrag als „demografische Alterung“ bzw. „Bevölkerungsalterung“ bezeichnet werden. Unter diesem Begriff zusammengefasst sind: abnehmende Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung und die zunehmende Bedeutung von Migrationsbewegungen für die demografische Entwicklung.

Trotz des prognostizierten Anstiegs der Weltbevölkerung von 6,1 Milliarden im Jahr 2000 auf 8,9 Milliarden bis 2050 (ein Zuwachs von 46 %) ist das Bevölkerungswachstum in den meisten bedeutenden Wirtschaftsräumen rückläufig.⁷ Zwischen 2000 und 2030 wird sich das Medianalter der Bevölkerung EU-weit voraussichtlich von 38 auf 48 Jahre erhöhen, während es sich bis 2050 weltweit bei einem Wert von ungefähr 45 Jahren einpendeln wird. Die Verteilung der Altersgruppen wird sich ebenfalls verändern, wobei der Anteil der jungen Menschen abnehmen und jener der alten und sehr alten Menschen zunehmen wird.

In der EU werden die weltweit niedrigsten Geburtenzahlen und ein Stillstand des natürlichen Bevölkerungswachstums zu verzeichnen sein. Außerdem werden sich infolge der steigenden Lebenserwartung und der zunehmenden Dynamik internationaler Migrationsprozesse bedeutende Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstrukturen ergeben. Insgesamt kann für die EU-25 von einem durch Nettozuwanderung verursachten Bevölkerungswachstum bis zum

⁶ Wood (2006).

⁷ Die demografischen Prognosen stammen aus Lebhart (2006).

Jahr 2025 ausgegangen werden, danach ist eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung zu erwarten. Im Jahr 2050 wird der Anteil junger Menschen (0 bis 24 Jahre) an der Gesamtbevölkerung in Japan und der EU rund 23% betragen, in den USA voraussichtlich etwa 30%. Gleichzeitig wird der Anteil der über 80-Jährigen im EU-Schnitt auf 12% der Gesamtbevölkerung anwachsen, verglichen mit 15% in Japan und 7% in den USA.

Beim Rückgang des natürlichen Bevölkerungswachstums wird Österreich dem EU-weiten Trend folgen, wobei die Bevölkerung trotzdem aufgrund der Nettozuwanderung bis 2050 auf rund 9 Millionen ansteigen wird. Gleichzeitig wird sich von 2005 bis 2050 die Bevölkerungsstruktur weitgehend analog zum EU-Durchschnitt ändern. Der Anteil junger Menschen (0 bis 24 Jahre) wird voraussichtlich von 28% auf 24% zurückgehen, während der Anteil der über 65-Jährigen von 16% auf 28% und jener der über 80-Jährigen von 4% auf 11% steigt. Allerdings wird der Anstieg des demografischen Gesamtbelastungsquotienten⁸ von 101% auf 108% nur relativ gering ausfallen.⁹ Aus regionaler Perspektive betrachtet, wird in städtischen Regionen und im Einzugsgebiet wirtschaftlicher Ballungszentren ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen sein, während die Bevölkerung strukturschwacher Peripherieregionen abwandern wird.

Insgesamt kann die künftige Größe von vergangenen und gegenwärtigen Geburtskohorten aufgrund der gegebenen Geburtenzahlen relativ genau berechnet werden, während zukünftige Geburtenraten, Lebenserwartung und Nettozuwanderung das Ergebnis komplexer gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Prozesse sind. Folglich sind langfristige demografische Prognosen mit einem hohen Grad an Unsicherheit behaftet.¹⁰ Dennoch bieten sie konsistente Szenarien zur Beurteilung der Chancen und Herausforderungen, mit denen Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert sein werden.

4 Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rahmenbedingungen für den Bankensektor

Die wichtigsten Ergebnisse von Workshop I zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rahmenbedingungen für den Bankensektor wurden bereits dokumentiert¹¹ und werden hier nur kurz zusammengefasst.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das *Wirtschaftswachstum* innerhalb des Euro-Währungsgebiets werden voraussichtlich moderat ausfallen, vor allem im Vergleich zum Wirtschaftswachstum der letzten 25 Jahre (1981 bis 2005). Die Europäische Kommission schätzt, dass das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt im Euroraum bis 2030 durch-

⁸ Der demografische Gesamtbelastungsquotient wird hier als das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Personen einer Volkswirtschaft (d.h. Rentner, Kinder, Arbeitslose) zu den erwerbstätigen Personen (d.h. selbstständig und unselbstständig erwerbstätige Personen) definiert.

⁹ Tichy (2006).

¹⁰ Tichy (2006) weist auf die großen Unterschiede zwischen den 2003 und 2005 für Österreich veröffentlichten Prognosen hin.

¹¹ EZB (2006, S. 23–28) und Schmitz (2007).

schnittlich um 1,8 % pro Jahr ansteigen wird. Der historische Vergleichswert für den Zeitraum von 1981 bis 2005 liegt mit 1,75 % pro Jahr sogar noch niedriger.¹² Die prognostizierten Wachstumsraten und die historischen Werte liegen zwar relativ nahe beieinander, weisen aber Unterschiede in ihrer Zusammensetzung auf. Die Entwicklung des jährlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts wird von zwei Komponenten bestimmt: Arbeitsproduktivität und Arbeitseinsatz. Im Zeitraum von 1981 bis 2005 leistete die zunehmende Arbeitsproduktivität einen positiven Beitrag von 1,9 Prozentpunkten zum jährlichen BIP pro Kopf, während Veränderungen im Arbeitskräfteeinsatz einen negativen Wachstumsbeitrag von –0,15 Prozentpunkten pro Jahr bewirkten. In den Prognosen der Europäischen Kommission bis zum Jahr 2030 wird der Wachstumsbeitrag der Arbeitsproduktivität (1,6 Prozentpunkte) aller Voraussicht nach unter dem historischen Vergleichswert liegen, während die Zunahme des Arbeitseinsatzes wesentlich ausgeprägter verläuft und sogar einen positiven Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten liefert. Die verhaltenen Wachstumsprognosen sind also nicht dem demografischen Wandel zuzuschreiben, sondern vielmehr dem angenommenen geringen Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeitsproduktivität.

Warum soll der Wachstumsbeitrag der Arbeitsproduktivität nur so niedrig ausfallen? In erster Linie ist dies durch den geringen Beitrag von Steigerungen der Kapitalintensität zum Arbeitsproduktivitätswachstum

begründet, der auf nur 0,6 Prozentpunkte pro Jahr geschätzt wird, verglichen mit dem historischen Wert von 1,12 Prozentpunkten. Dies ergibt sich in der vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss und der Europäischen Kommission durchgeführten Studie (Ausschuss für Wirtschaftspolitik und Europäische Kommission, 2006) aufgrund der Annahme, dass der Kapitalstock je Effizienzeinheit von 2030 bis 2050 konstant bleibt. Dadurch werden die prognostizierten Wachstumsraten des Kapitalstocks nach unten verzerrt. In der Studie wird angenommen, dass die Wachstumsrate der Effizienzeinheiten (also Wachstum von Arbeitseinsatz plus Arbeitsproduktivität) und, unter Annahme eines Gleichgewichtswachstumspfad, die des Kapitalstocks 1,6 % pro Jahr betragen wird. Dies ist wesentlich niedriger als der historische Durchschnitt von 3,5 % pro Jahr für den Zeitraum von 1980 bis 2001, der um beachtliche 60 % über der historischen Wachstumsrate der Effizienzeinheiten von rund 2,2 % pro Jahr lag.¹³

Tichy (2006) gelangt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels auf künftige BIP-Wachstumsraten nur sehr moderat ausfallen werden, da seinen Annahmen zufolge ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (teilweise) durch steigende Erwerbsquoten, mehr und besseres Humankapital, eine kapitalintensivere Produktion und faktorinduzierten technischen Fortschritt kompensiert wird.

Aufgrund der steigenden Kapitalintensität der Produktion, die den Rückgang der Bevölkerung im er-

¹² Gomez-Salvador et al. (2006).

¹³ Timmer et al. (2003, Tabellen 6, 10, 11). Für eine detaillierte Analyse der Prognosen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Europäischen Kommission (2006) sowie der OECD (2005), siehe Schmitz (2007).

werbsfähigen Alter partiell kompensiert, werden die Folgen der demografischen Alterung auf die *langfristigen Realzinssätze* voraussichtlich stärker ausgeprägt sein, als die Auswirkungen auf die Wachstumsraten des BIP pro Kopf.¹⁴ Die OECD schätzt, dass in Deutschland, Frankreich, Japan und den USA der langfristige Realzins bis 2025 um 0,3 bis 0,7 Prozentpunkte zurückgehen wird.¹⁵ Gemessen an den in der Vergangenheit beobachteten Schwankungen der langfristigen Realzinsen erscheinen diese Auswirkungen relativ moderat. Um die Gründe dafür zu untersuchen, integriert Schmitz (2005) demografische Entwicklungen in ein einfaches neoklassisches Wachstumsmodell. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die langfristigen Realzinssätze werden von zwei entgegengesetzten Faktoren bestimmt: Die steigende Kapitalintensität der Produktion führt zu einem Abwärtsdruck auf die Grenzproduktivität des Kapitals, während der steigende Anteil von Nicht-Erwerbstätigen am Konsum die gesamtwirtschaftliche Sparquote verringert und so Aufwärtsdruck auf den langfristigen Realzinssatz ausübt. Anhand einer Simulation für Österreich zeigt Schmitz, dass der Faktor der zunehmenden Kapitalintensität dominiert und die langfristigen Realzinssätze weitgehend analog zu den Prognosen der OECD fallen würden. Angesichts

der Tatsache, dass kapitalgedeckte Pensionen eine langfristige Investition von bis zu 60 Jahren darstellen, kann selbst ein moderater Zinsrückgang massive Auswirkungen auf künftige Pensionsansprüche verursachen. Schmitz (2007) präsentiert Simulationsergebnisse für Österreich, die zeigen, dass leicht rückläufige, langfristige Realzinssätze zu Kürzungen von bis zu 15 % bei kapitalgedeckten Pensionen führen – trotz internationaler Diversifikation der Veranlagungen und Integration der Realkapital- sowie der Waren- und Dienstleistungsmärkte. Winter (2006) argumentiert, dass die Privatisierung der Pensionsvorsorge den Rückgang des langfristigen Realzinssatzes noch beschleunigen würde, während die internationale Diversifikation der Investitionen eine leichte Abschwächung dieser Entwicklung zur Folge hätte. Eine verstärkte Einbindung von Veranlagungen im Ausland führt außerdem zu einer Umstrukturierung der Produktion, da in der Ansparphase neben Kapitalexporten auch Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen erfolgen müssen, um eine Abwertung der nationalen Währung zu vermeiden. In der Endsparphase würde sich dieser Trend umkehren und zu einer Aufwertung der Landeswährung führen, durch den sich der Realertrag aus international diversifizierten Veranlagungen in Relation zur nationalen Währung vermindern

¹⁴ Für eine Analyse der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die gesamtwirtschaftliche Sparquote und die Entwicklung der Finanzmärkte siehe unter anderem McCarthy und Neuberger (2003) und Schmitz (2007), die schlussfolgern, dass ökonometrische Studien nicht hinreichend beweiskräftig sind und mit erheblichen methodischen Problemen behaftet sind.

¹⁵ OECD (2005). In der OECD-Studie wurden nur diese vier Länder untersucht. Die Ergebnisse decken sich auch weitgehend mit den Untersuchungen, die für andere Länder vorliegen (siehe EZB, 2006, S. 25). Allerdings muss berücksichtigt werden, dass sich die in den Studien des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Europäischen Kommission (2006) und der OECD (2005) angewandten Methoden wesentlich unterscheiden. Die Hochrechnungen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Europäischen Kommission basieren auf exogen festgelegten, langfristigen Realzinssätzen, während die Simulationen der OECD den langfristigen Realzins endogenisieren.

würde – es sei denn, die Pensionisten würden ihre ausländischen Ersparnisse hauptsächlich für Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland ausgeben. Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass umfangreiche Kapitalexporte während der Ansparphase realwirtschaftliche Konsequenzen für die Struktur der Produktion und die Zahlungsbilanz zur Folge haben.

Prognosen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf *Wohnimmobilienmärkte* sind ein relativ schwieriges Unterfangen. Die Nachfrage nach Eigenheimen und Wohnraum wird hauptsächlich durch die Anzahl, Größe und Altersstruktur der Haushalte bestimmt und nur in untergeordnetem Maße vom Umfang und der Alterungsstruktur der Bevölkerung. Für Deutschland erwartet Robischon (2006), dass die Anzahl der Haushalte bis 2020 geringfügig steigen wird, hauptsächlich wegen des steigenden Anteils von Ein- und Zweipersonenhaushalten und Kleinhaushalten älterer Personengruppen. Der demografische Wandel wird sich also nur relativ gering auf die Gesamtnachfrage nach Wohnimmobilien auswirken, wohl aber auf ihre geografische Verteilung. Faktoren wie zunehmende Mobilität, eine stärkere Herausbildung unterschiedlicher Lebensstile und vielfältige kulturelle Hintergründe könnten zu einem äußerst dynamischen Wohnungsmarkt mit lokalen Angebotsüberhängen bzw. -defiziten sowie einer breiteren Streuung und stärkeren Schwankungen der Preise führen.¹⁶ Durch

Einflüsse von Außen- und Binnenmigration sowie Unterschiede in der demografischen Dynamik verschiedener Regionen könnte die Entwicklung der Größe und Alterszusammensetzung der Bevölkerung in unterschiedlichen Regionen innerhalb eines Landes sehr divergent verlaufen.¹⁷ Größere Städte und Ballungszentren (z.B. Berlin, Wien, Paris) profitieren von diesen Entwicklungen und sind in der Regel demografisch jünger, während Randgebiete in ländlichen Gegenden mit stark rückläufigen Bevölkerungszahlen und zunehmender Überalterung konfrontiert sind. Der daraus resultierende Braindrain – eine Folge des zunehmenden Grads an Mobilität bei den jungen und höher qualifizierten Teilen der Bevölkerung – würde den regionalen wirtschaftlichen Verfall beschleunigen und den Anreiz zur Abwanderung erhöhen. Die Einkommensschere zwischen florierenden Ballungszentren und stagnierenden Peripheriegebieten würde noch weiter auseinanderklaffen, was sich in einer zunehmenden Disparität bei Wohnungsnachfrage und -preisen niederschlagen würde.

5 Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Banken und mögliche strategische Reaktionen

Ausgehend von den Präsentationen, die im Rahmen der beiden OeNB-Workshops von Finanzberatern und Bankstrategen vorgestellt wurden, untersucht dieses Kapitel, welche Gemeinsamkeiten sich bei den von Ban-

¹⁶ Anhand von Daten für Leipzig zeigte Robischon, dass es sogar innerhalb der einzelnen Stadtteile in dem relativ kurzen Zeitraum von 2000 bis 2004 zu deutlichen Veränderungen in der Bevölkerungsgröße kam ($\pm 10\%$). Dies führte selbst innerhalb lokaler Märkte zu massiven Verschiebungen bei der Wohnungsnachfrage in entgegengesetzte Richtungen.

¹⁷ Tourdjman (2006).

ken in Reaktion auf demografische Entwicklungen eingesetzten Strategien feststellen lassen.¹⁸

5.1 Demografische Entwicklungen wirken sich auf Banken und deren Strategien aus

Vooght (2006) betont, dass sich Banken bereits in der Vergangenheit häufig mit demografischen Entwicklungen auseinandersetzen mussten (z.B. Anstieg des Hypothekenkreditgeschäfts und der Wohnbaufinanzierung in Westeuropa in Zeiten starken Bevölkerungswachstums in den 1950er und 1960er Jahren). Allerdings ist der demografische Wandel nur einer von vielen Faktoren, die bei der strategischen Planung eine Rolle spielen. Die Citigroup-Bankengruppe berücksichtigt beispielsweise folgende Faktoren bei ihren strategischen Planungsentscheidungen: den wachsenden Anteil des Welteinkommens, der auf Länder entfällt, die (derzeit) nicht der OECD angehören, den zunehmenden geopolitischen Einfluss dieser Länder, die Globalisierung der Wirtschaft, den Strukturwandel im (kontinentaleuropäischen) Finanzwesen, Umweltbedrohungen, die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und religiöse Entwicklungen.¹⁹

5.2 Konsequenzen für Nachfrage der Privathaushalte am wichtigsten

Nach Einschätzung der Banken werden die Auswirkungen des demografischen Wandels im Bereich der *Nach-*

frage der Privathaushalte am wichtigsten sein, wobei in erster Linie ein Rückgang in der Nachfrage nach Hypothekendarlehen, Verbraucherkrediten und grundlegenden Finanzdienstleistungen (Sichteinlagen, Zahlungsverkehr) erwartet wird.²⁰ Seit etwa 1980 lassen sich in zahlreichen OECD-Ländern bedeutende Änderungen in der Struktur der Vermögensportfolios privater Haushalte feststellen, im Zuge derer sich der Schwerpunkt von Bankeinlagen auf Investmentfonds, kapitalgedeckte Altersvorsorgeprodukte sowie Aktien und Anleihen verlagert hat.²¹ Dieser Trend wird sich voraussichtlich noch verstärken. Neben Ertragsüberlegungen wird auch die Debatte um die Zukunft des staatlichen Pensionssystems Privatkunden vermehrt dazu motivieren, in Alternativen zum traditionellen Spargbuch zu investieren. Banken reagieren auf diesen Trend, indem sie Produktinnovation verstärkt vorantreiben, ihre Vertriebskanäle den geänderten Bedingungen anpassen und mit Marketingstrategien gezielt die Generation 50+ ansprechen.

– In Ländern, deren Bevölkerung zunehmend altert, wird sich das von den Banken angebotene *Produktportfolio* ändern. Kredite und Einlagen werden Teil des Leistungsspektrums bleiben, jedoch nicht länger Kern der Kundenbeziehung sein. Im Angebot werden vermehrt integrierte Produkte und Dienstleistungen (d. h.

¹⁸ Bosek (2006), Hedrich (2006), Kraft-Kinz (2006), Raab (2006), Thompson (2006), Tourdjman (2006), Vooght (2006) und Weiss (2006).

¹⁹ Thompson (2006).

²⁰ Weiss (2006) schätzt, dass der Bankensektor bis zum Jahr 2050 aufgrund der demografischen Alterung empfindliche Ertragseinbußen hinnehmen müssen wird. So sollen in Deutschland zwischen 2005 und 2050 die Gesamtausgaben für Finanzdienstleistungen um etwa 19% und der Zins- und Provisionsüberschuss um 25% sinken. Für Österreich wird ein Rückgang des Zins- und Provisionsüberschusses um 10% prognostiziert.

²¹ OECD (2005, Tabelle I.4, S. 18).

Lösungen zum strukturierten Vermögensabbau, Target-Fonds, garantierte Produkte, Annuitäten), umfassende Beratungsleistungen (z. B. zur Abwicklung von Erbschaften) und nichtfinanzielle Dienstleistungen (z. B. Kranken- und Pflegedienstleistungen) enthalten sein. Als Reaktion auf die zunehmende weltweite Migration planen international agierende Banken auch, sich Marktanteile im internationalen Kleinbetragszahlungsverkehr zu sichern. Viele Banken bieten angesichts der veränderten Nachfragestruktur bereits Rückhypotheken (reverse mortgages) an, da rückläufige Kohorten in der wichtigsten Zielgruppe für traditionelle Hypotheken auf eine Abschwächung der Nachfrage in diesem Bereich schließen lassen. Gleichzeitig wird durch den steigenden Anteil der Haushalte von über 55-Jährigen, die einen hohen Anteil ihres Vermögens in Wohnimmobilien investiert haben, ein Markt für Produkte geschaffen, die dazu dienen, aus dieser grundsätzlich illiquiden Vermögensklasse Erträge zu generieren. Eine Bank betonte die wachsende strategische Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen für institutionelle und öffentliche Kunden. Sie plant, sich auf diesem Gebiet künftig stärker zu positionieren, indem sie sich an der Finanzierung einer größeren Zahl von Infrastrukturprojekten beteiligt.²² Projekte dieser Art kombinieren Kapitalrentabilität und konstante Cashflows mit Inflationsschutz und langfristigen Laufzeiten, weshalb

diese Form der Veranlagung sich zur Abdeckung von Verbindlichkeiten gut als Ergänzung für das Portfolio von Pensionskassen eignet. Der Vorteil für die öffentliche Hand liegt darin, dass die Belastung für das Budget reduziert wird, während gleichzeitig die Infrastruktur den für die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum notwendigen Auftrieb erhält. Im Zusammenhang mit Produktinnovationen sind österreichische Banken auch mit der Frage konfrontiert, ob sie selbst neue Produkte entwickeln oder auf White-Label-Produkte internationaler Finanzinstitute zurückgreifen sollen. Großteils kooperieren sie im Investmentfondsbereich bereits mit internationalen Partnern, integrieren die aus dieser Zusammenarbeit übernommenen Produktkomponenten jedoch häufig in ihre eigenen Produkte.

- Der *Vertrieb* traditioneller Bankdienstleistungen (z.B. Zahlungsverkehr) erfolgt in zunehmendem Maß durch automatisierte Abläufe (z.B. Selbstbedienungszonen oder Internetbanking), um Ressourcen für die Schaffung neuer Vertriebskanäle freizusetzen. Unter den Referenten bestand allgemeiner Konsens, dass langfristige Kundenservicekonzepte den wichtigsten Faktor für die Gewinnung neuer bzw. die Bindung bestehender Kunden darstellen, wobei der Schwerpunkt auf eingehender persönlicher Beratung, individuellen Vermögensmanagementlösungen und langfristigem Beziehungsmanagement liegen muss. Viele

²² Thompson (2006).

Dienstleistungen, die noch vor zehn Jahren ausgewählten Privatkundengruppen vorbehalten waren, müssen nun einem breiteren Markt zugänglich gemacht werden. Dazu müssen Banken ihre Mitarbeiterstruktur anpassen und ihre personellen Schwerpunkte von reinen Schalterbeamten auf Vermögens- und Finanzberater verlagern. Auch müssen die personellen Fluktuationen im Verkaufsbereich reduziert werden, was einen Anstieg der Personalkosten zur Folge haben könnte. Die derzeit praktizierten Systeme zur leistungsorientierten Vergütung müssten ihren Schwerpunkt von quantitätsbasierten Ansätzen auf Modelle verlagern, die langfristige Kundenzufriedenheit honorieren. In den meisten Industrieländern konzentriert sich das Vermögen von Privathaushalten in der Generation der über 50-Jährigen. Es ist anzunehmen, dass sich Finanzdienstleister in Hinblick dieser Zielgruppe wesentlich intensiver widmen werden. Der Konkurrenzkampf um vermögende Kunden, die nicht nur anspruchsvoller, sondern auch eher bereit sind, die Bank zu wechseln, verschärft sich, was wiederum steigende Kosten für Kundenakquise und Kundenbindung zur Folge hat.

- *Marketingstrategien* werden zu einer zunehmenden Diversifizierung der verschiedenen Marktsegmente führen.²³ Markenloyalität wird für eine erfolgreiche Kundenbindung zunehmend wichtiger. Für die Erschließung der

Zielgruppe 50+ ist ein besonderes Marketingkonzept erforderlich, dessen Schwerpunkt auf Mitarbeiterschulungen zur Einstellung auf die Bedürfnisse dieses Kundensegments, einer verbesserten Markenpolitik und personalintensiveren Vertriebs- und Betreuungsansätzen liegen muss. Um das Image ihrer Marken zu stärken, müssen sich Banken (noch) mehr auf die Verbesserung der Prinzipien ihrer Unternehmensführung (Corporate Governance), die Gewährleistung der Einhaltung aller relevanten Bestimmungen (Compliance) und die Weiterentwicklung ihres Risikomanagements konzentrieren. Qualitätsmanagement im Bereich der Beratungsdienstleistungen nimmt ebenfalls an Bedeutung zu.

5.3 Internationale Diversifikation gewinnt an Bedeutung

Breiter Konsens besteht hinsichtlich der Bedeutung *internationaler Diversifikation*. Durch die unterschiedlich verlaufenden demografischen Entwicklungen in verschiedenen Teilen der Welt eröffnen sich den Banken neue Möglichkeiten, ihr Vermögenswachstum in Ländern mit einer jüngeren Bevölkerung, in denen die Märkte für traditionelle Bankdienstleistungen (Verbraucherkredite, Hypotheken und Mikrofinanzierungen, Zahlungsverkehr) voraussichtlich stark anwachsen werden, durch Verbindlichkeiten in Ländern mit einer alternden Gesellschaft zu finanzieren. Geografische Diversifikation ist auch die Lösung für zwei eng miteinander

²³ Allerdings ist die Rolle der Marktsegmentierung nicht unumstritten. Hedrich (2006) weist darauf hin, dass manche Menschen es als wenig schmeichelhaft empfinden könnten, als „ältere Kunden mit besonderen Bedürfnissen“ bezeichnet zu werden.

verknüpfte Herausforderungen: Privatkunden und institutionelle Kunden wollen grenzüberschreitende Dienstleistungen und höhere Erträge, während die Banken auf der Suche nach neuen Märkten sind. China und Indien sind gute Beispiele für Länder, die neue Möglichkeiten für global tätige Banken bieten – Länder mit einem starken Wirtschaftswachstum, in denen sich zunehmend eine finanzkräftige Mittelschicht entwickelt. Es wird prognostiziert, dass der Finanzsektor in beiden Ländern in den nächsten Jahrzehnten – ausgehend von einem niedrigen Grad an Finanzintermediation – wachsen wird. Für Indien wird außerdem eine weitere Zunahme der Bevölkerung angenommen. Der Schwerpunkt von stärker regional orientierten Banken in Österreich und Deutschland liegt ganz klar auf den zentral- und osteuropäischen Ländern – trotz der für diese Regionen zu erwartenden demografischen Herausforderungen. Dabei wird angenommen, dass der wirtschaftliche Aufholprozess, steigende Intermediationsraten und eine Verlagerung der Produktion in die zentral- und osteuropäischen Länder eine Zunahme des Marktwachstums zur Folge haben werden.

5.4 Anpassung von Hypothekenkonditionen vorgesehen

Die Banken gehen davon aus, dass der Verlauf der Immobilienpreise von demografischen Entwicklungen beeinflusst wird. Daher werden sie ihre *Hypothekenkonditionen* anpassen müssen. Niedrige Geburtenraten und zunehmende Urbanisierung führen zu einer nachteiligen Entwicklungspirale, die viele Randgebiete in ganz Europa betrifft. Immer häufiger ist zu beobachten, dass die Preisentwicklungen in benachbarten Bezirken

massiv und unerwartet divergieren. Daher könnte die Volatilität bei Wohnimmobilien künftig zunehmen. Banken, die in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen mit extremen demografischen Veränderungen im regionalen Bereich gemacht haben, deren Ursache in Binnenmigrationsbewegungen zu suchen ist, geben an, diese Entwicklungen bereits bei den Bewertungsmodellen für Immobiliensicherheiten und den Preismodellen für Hypotheken berücksichtigt zu haben.

5.5 Neuorientierung der Filialnetzstrategie

Der Bevölkerungswandel könnte Banken dazu veranlassen, ihre *Filialnetzstrategie* zu überdenken. Wurden Filialen im letzten Jahrzehnt hauptsächlich als Kostenfaktoren angesehen, so ist künftig zu erwarten, dass sie als Vertriebskanäle und Beratungsstellen wieder an Bedeutung gewinnen. Außerdem wird auch bei über 60-Jährigen ein Wohnsitzwechsel in den kommenden Jahren durchaus üblich sein. Jüngere Pensionisten suchen, nachdem sie in den Ruhestand treten, nach „Selbstverwirklichung“ (z. B. indem sie in traditionelle Urlaubsgebiete übersiedeln), werden aber voraussichtlich ab einem Alter von etwa 75 Jahren vermehrt in die Einzugsgebiete von Städten und in die Nähe ihrer Verwandten ziehen. Diese Entwicklung könnte ein Umdenken hinsichtlich der Bedeutung des Faktors „geografische Nähe“ bewirken und zur Folge haben, dass Banken verstärkt Filialnetze in Regionen aufbauen, die zu den bevorzugten Alterssitzen ihrer Kunden zählen. Potenziell beinhaltet dies auch die Gründung von spezialisierten Auslandsfilialen in Orten, die zu beliebten Destinationen finanzstarker Kun-

den gehören (z. B. britische und deutsche Banken, die Filialen in spanischen und französischen Küstengebieten eröffnen). Binnenmigration und der unterschiedliche Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflussen ebenfalls die regionale Ertragslage im Bankensektor. Für Banken, die über hohe Marktanteile in stagnierenden Peripheriegebieten verfügen, bedeutet der demografische Wandel, dass sie ihre Strategie darauf konzentrieren müssen, sich in florierenden Ballungszentren zu positionieren. Einige Banken planen auch, auf die internationale Migration und den hohen Anteil von Zuwanderern in attraktiven Ballungszentren mit einem vermehrten Einsatz von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu reagieren.

5.6 Sicherung der strategischen Relevanz von zentraler Bedeutung

Banken sind einem zunehmenden Konkurrenzdruck durch Finanzintermediäre, die nicht dem Bankensektor angehören, und neue Marktteilnehmer (z. B. Einzelhandelsketten) ausgesetzt. Um sich gegenüber ihren Kunden *strategische Relevanz* zu bewahren, müssen sie einen besonders hochwertigen Service und/oder überdurchschnittliche Risiko-/Ertragsprofile anbieten und sich außerdem auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. Dadurch könnten sich Banken veranlasst sehen, die Erschließung spezialisierter Nischenmärkte mehr als bisher in den Vordergrund zu rücken, um sich auf diese Weise – sei es mit einem bestimmten Produkt, einer speziellen Dienstleistung oder in einem bestimmten geografischen Gebiet – den größtmöglichen Wettbewerbsvorteil zu sichern. Der Schwerpunkt kann dabei auf der Er-

bringung reiner Beratungsleistungen oder aber der Produktion bzw. dem Vertrieb von Finanzprodukten liegen. Andererseits könnten sich (große) Banken dafür entscheiden, die gesamte Bandbreite standardisierter Bankdienstleistungen und -produkte einem breiten Kundenspektrum anzubieten und dies mit beratungintensiveren, individuellen Dienstleistungen für ausgewählte Kundensegmente kombinieren. Bei der Entwicklung neuer Finanzprodukte können Größe und internationale Marktabdeckung ebenfalls einen Wettbewerbsvorteil darstellen, wobei solche Produkte entweder direkt als eigene Marken oder als White-Label-Produkte von kleineren, regional orientierten Banken vertrieben werden können. Kostenkontrolle und die Erzielung nachhaltiger Gewinnspannen haben als Kernkompetenzen für eine strategische Orientierung in Richtung Massenmarkt entscheidende Bedeutung. Hedrich (2006) vertritt jedoch eine andere Meinung hinsichtlich der strategischen Relevanz des demografischen Wandels für Banken: Er argumentiert, dass die Konsequenzen der Bevölkerungsalterung für Banken überwiegend operativer, nicht aber strategischer Natur seien. Daher sollte in erster Linie daran gearbeitet werden, den Bankmitarbeitern die Problematik demografischer Entwicklungen und die potenziellen Konsequenzen auf die künftige wirtschaftliche Lage der Banken stärker bewusst zu machen.

5.7 Änderungen in der Personalstruktur

Demografische Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf das *Personalmanagement* von Banken und die Altersstruktur ihrer Mitarbeiter. Im Jahr 2004 zählte das Gros der Mit-

arbeiter in einigen Banken zur mittleren Altersgruppe (35 bis 50 Jahre), während der Anteil der jungen bzw. älteren Mitarbeiter relativ gering war. Wird in diesem Bereich nicht ehebaldigst gegengesteuert, kommt es im Jahr 2030 durch die Verrentung geburtenstarker Jahrgänge zu einer Verknappung erfahrener Fachkräfte. Außerdem würde das Altersprofil der Mitarbeiter nicht mehr der Altersstruktur der Bevölkerung entsprechen. Durch eine alternde Arbeitnehmerschaft erhöhen sich aber die Personalkosten (z.B. aufgrund höherer Gehälter oder der Kosten für krankheitsbedingte Ausfälle). Zudem werden ältere Mitarbeiter oft als weniger belastbar, flexibel und lernbereit als ihre jüngeren Kollegen eingestuft. Banken begegnen dieser Problematik, indem sie für alle Altersgruppen vermehrt Fortbildungsmaßnahmen anbieten, die Personalbeschaffung intensivieren, neue Märkte zur Mitarbeiterwerbung erschließen und ihre Kompetenz im Bereich Wissensmanagement ausbauen. Um auch bei älteren Mitarbeitern ein hohes Maß an Produktivität zu gewährleisten und krankheitsbedingte Ausfälle zu reduzieren, wird die Gesundheitsvorsorge in den Vordergrund gerückt. Außerdem werden vermehrt Teams aus Mitgliedern verschiedener Altersgruppen gebildet und flexiblere Teilzeitmodelle angeboten. Einige Banken versuchen auch, eine Unternehmenskultur zu entwickeln, die gewährleisten soll, dass das Unternehmen trotz einer alternden Belegschaft „jung“ bleibt.

6 Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität

Der konzeptionelle Rahmen des folgenden Kapitels baut auf ausgewählten Positionen in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung von Banken auf.²⁴ Konkret sind dies Ausleihungen an Kunden (Hypothekendarlehen, Verbraucherkredite, Darlehen an Klein- und Mittelbetriebe) und festverzinsliche Wertpapiere (besonders langfristige Staatsanleihen) auf der Aktivseite und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Einlagen), Bankanleihen und Rückstellungen für Kreditausfälle auf der Passivseite. Außerbilanzielle Posten (Garantien und Hedging-Instrumente) werden ebenfalls berücksichtigt. Bei den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung handelt es sich um Zinserträge und zinsunabhängige Erträge auf der Einkommensseite und um Zinsaufwendungen, Personalkosten und Rückstellungen für Kreditausfälle auf der Aufwandsseite. Die Gliederung der einzelnen Abschnitte folgt den im vorhergehenden Kapitel dargestellten Gemeinsamkeiten der Strategien, mit denen Banken auf den demografischen Wandel reagieren. Die Kernfragen, auf die in diesem Kapitel eingegangen wird, lauten: (1) Welche Risiken ergeben sich aus den strategischen Reaktionen des Bankensektors? (2) Welche Möglichkeiten zum Umgang mit diesen Risiken stehen der Bankenaufsicht (bzw. anderen öffentlichen Instanzen) zur Verfügung?²⁵

²⁴ Er folgt unserem Ansatz in EZB (2006).

²⁵ Diese Fragestellungen werden unter der Ceteris-Paribus-Annahme einer Welt ohne demografischen Wandel untersucht. Die Ergebnisse sind angesichts des Zeitrahmens von 10 bis 20 Jahren, auf den sie sich beziehen, zwangsläufig spekulativer Natur.

6.1 Negativer Einfluss auf die Ertragslage der Banken

Die erwarteten Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Nachfrage nach traditionellen Bankprodukten und -dienstleistungen im Privatkundensektor könnte sich in einem *Ertragsrückgang* niederschlagen. Ein solcher Rückgang wäre das Resultat einer Reihe von Faktoren: stärkerer Konkurrenzdruck, eine negative Entwicklung des Verhältnisses der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen sowie rückläufige Einkünfte aus Fristentransformation.

- Niedrigere Wachstumsraten auf dem Markt für Bankenintermediation könnten zu einer *höheren Wettbewerbsintensität* führen. Die Wachstumsrate setzt sich aus folgenden drei Komponenten zusammen: dem Wachstum der Bank-Intermediationsrate, dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und dem Bevölkerungswachstum. Wenn die demografische Alterung einen Rückgang der Wachstumsrate auf dem Markt für Bankenintermediation verursacht, könnte dies zu einem erhöhten Konkurrenzdruck führen. Setzen Banken in ihrer strategischen Planung hauptsächlich auf die Steigerung oder zumindest den Erhalt ihres Marktanteils, dann werden zunehmend aggressivere und wettbewerbsintensivere Ansätze erforderlich sein.²⁶ Die Wachstumsrate des Markts für Bankdienstleistungen könnte vom demografischen Wandel über die folgenden drei Faktoren negativ beeinflusst werden.

(1) Die Struktur des kontinental-europäischen Finanzsystems hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert, wobei die Rolle von Finanzmärkten und Finanzintermediären aus dem Nichtbankensektor an Bedeutung zugenommen hat.²⁷ Durch die demografische Alterung und die dadurch bedingte Veränderung in der Zusammensetzung der Vermögensbestände privater Haushalte wird sich dieser Trend voraussichtlich weiter verstärken, z. B. durch eine Zunahme des Anteils der kapitalgedeckten Pensionen und Investmentfonds auf Kosten traditioneller Sparkonten. Viele Banken erwarten, dass die Nachfrage nach Darlehen für Klein- und Mittelbetriebe, Verbraucher-krediten und Hypothekendarlehen abnehmen wird, was zur Folge hätte, dass sich auch die rückläufige Tendenz im Bereich der Bankenintermediationsleistung weiter verstärkt.

(2) Obwohl dies in Kapitel 3 als relativ unwahrscheinliche Entwicklung eingestuft wird, besteht dennoch die Möglichkeit, dass der Bevölkerungswandel die Wachstumsraten des BIP pro Kopf negativ beeinflussen könnte.

(3) Durch den demografischen Wandel ergibt sich ein Rückgang im Bevölkerungswachstum.

- Gleichzeitig könnte eine Veränderung in der Nachfrage nach traditionellen Bankprodukten und -dienstleistungen im Privatkundenbereich zu einem Anstieg des *Verhältnisses der Betriebsaufwendun-*

²⁶ Allerdings könnten die Folgen zunehmender Wettbewerbsintensität durch einen Zweitrundeneffekt abgeschwächt werden, da diese den Marktconsolidierungsprozess innerhalb der EU noch verstärken würde.

²⁷ Europäische Kommission (2006).

gen zu den Betriebserträgen der Banken führen.

Durch die Tatsache, dass die Bedeutung von Spareinlagen als primäre Veranlagungsform von Privathaushalten kontinuierlich abnimmt, sind Banken dazu gezwungen, andere Finanzierungsquellen zu erschließen, die in der Regel höhere Finanzierungskosten mit sich bringen. Gleichzeitig kommt es durch die wachsende Rolle von nachhaltigem Kundenbeziehungsmanagement, Beratungsservices und individuellen Finanzprodukten vor dem Hintergrund standardisierter Produkte, die einem breiten Publikum angeboten werden, zu einem Anstieg der Betriebskosten. Im Bereich der Personalstruktur wird erwartet, dass der Trend hin zu höher qualifizierten Mitarbeitern gehen wird, was wiederum die Personalkosten nach oben treiben würde (sowohl durch höhere Gehälter als auch durch steigende Aus- und Fortbildungskosten für eine alternde Belegschaft). Banken planen, durch Effizienzsteigerungen und Einsparungen in anderen Bereichen diesem Problem aktiv entgegenzuwirken. Die zunehmende Bedeutung der Markentreue wurde ebenfalls bereits angesprochen. Die Auswirkungen dieser Größe auf die Stabilität der Finanzmärkte sind konträr: Einerseits erhöhen sich dadurch die Marketingkosten und das Reputationsrisiko, was sowohl kostenseitig als auch unter dem Gesichtspunkt der Stabilität zu Nachteilen führt. Andererseits zeigt Vooght (2006), dass Banken sich aufgrund der wachsenden Bedeutung der Markentreue auch eher veranlasst sehen, das Image

ihrer Marke durch Verbesserungen in den Bereichen Corporate Governance, Compliance und Risikomanagement abzusichern, was sich positiv auf die Stabilität des Finanzsystems auswirkt.

Durch die rückläufige Nachfrage nach traditionellen Bankprodukten (Krediten) kommt es zu einem Rückgang der Zinserträge aus dem traditionellen Kerngeschäft des Bankensektors.

- Prognosen zufolge wird der demografische Wandel einen Abwärtsdruck auf die langfristigen Realzinssätze nach sich ziehen. Der kurzfristige Realzins ist allerdings durch die Geldpolitik bestimmt, und dem Autor sind keine Studien bekannt, in denen ein direkter Einfluss des demografischen Alterungsprozesses auf kurzfristige Realzinssätze postuliert wird. Die Entwicklung des kurzfristigen Realzinssatzes ist abhängig vom strukturellen Liquiditätsdefizit, den Liquiditätspräferenzen sowie der Angebots- und Nachfragesituation auf dem Geldmarkt. Daher führt der demografische Wandel *ceteris paribus* zu einer flacheren Zinskurve. Dies wiederum hat einen Rückgang der Erträge aus Fristen- und Liquiditätstransformation sowie eine Erosion der *Margen und Nettozinserträge* zur Folge und führt zu einer noch stärkeren Belastung der Profitabilität.

Ist die Profitabilität im Bankensektor rückläufig, vermindert sich dadurch die Fähigkeit der Banken, negative Schocks durch Gewinne im jeweiligen Zeitraum zu absorbieren, wodurch die Wahrscheinlichkeit einer Beeinträchtigung ihrer Eigenmittelausstattung im Falle von Schocks steigt.

Dies bedeutet eine höhere Volatilität der Kapitalreserven, was sich wiederum in einer Steigerung des optimalen Reserveniveaus niederschlägt. Die unmittelbaren aufsichtlichen Auswirkungen sind jedoch gering, da die Eigenmittelausstattung der Banken ohnehin schon seit geraumer Zeit zentrales Thema der Bankenaufsicht ist. Die neue EU-Kapitaladäquanzrichtlinie aus dem Jahr 2006 brachte eine Verbesserung der Rahmenbedingungen mit sich, so dass sich aus möglichen Negativeffekten der demografischen Alterung auf die Profitabilität im Bankensektor kein unmittelbarer Handlungsbedarf für Aufsichts- und Kontrollinstanzen ergibt. Allerdings könnte das Thema der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthöhe der Eigenkapitalausstattung in Zukunft nochmals aufgerollt werden, bedenkt man, dass die Bedeutung des Eigenkapitals im Rahmen der Absorption von Schocks relativ zur Rolle der Gewinne steigen könnte.

6.2 Zusätzliche Risiken durch Umschichtungen im Produktportfolio

Veränderungen in der Nachfrage nach traditionellen Bankprodukten im Privatkundensektor können zusätzliche Risiken zur Folge haben, die wiederum Konsequenzen für die Stabilität der Finanzmärkte nach sich ziehen.

- Durch Veränderungen in der Nachfragestruktur von Privathaushalten werden Banken vermehrt dazu angeregt, Innovation innerhalb ihrer Produktportfolios voranzutreiben. Verglichen mit traditionellen Produkten können sich dadurch für Banken und Privathaushalte erhöhte *operative*, *Reputations-* und *Rechtsrisiken* ergeben. Für die Bankenaufsicht be-

deutet dies die Notwendigkeit einer intensiven Analyse der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken auf die Stabilität der Finanzmärkte. Wood (2006) gibt an, dass sich aus Rückhypotheken in den ersten Jahren nach ihrer Einführung ein beträchtliches Reputationsrisiko für die Banken im Vereinigten Königreich ergab. In vielen Fällen wurden die mit diesem Produkt verbundenen hohen Kosten von den Kunden unterschätzt, handelt es sich doch bei einer Rückhypothek um eine Kombination aus Kredit- und Versicherungselementen, bei der die Differenz zwischen dem aktuellen Verkehrswert der Immobilie und dem abgezinsten erwarteten Wert der künftigen Annuitätenbezüge zu Lasten des Kunden geht. Durch die Zusammenfassung verschiedener Kredit- und Versicherungsprodukte ergibt sich eine äußerst komplizierte Produktstruktur, weshalb für Rückhypotheken ein detaillierter rechtlicher Rahmen erforderlich ist, um das Rechtsrisiko möglichst gering zu halten. Ebenso sind Maßnahmen erforderlich, die die Markt- und Preistransparenz für die Kunden erhöhen und einen angemessenen Verbraucherschutz sicherstellen. In Ländern, die noch keine einschlägigen Vorschriften eingeführt haben, sollte dieses Thema seitens der Bankenaufsicht auf die Agenda gesetzt werden.

- Ein weiterer möglicher Effekt besteht darin, dass Banken vermehrt traditionellen *Versicherungsrisiken* ausgesetzt sein könnten (d.h. Langlebigkeitsrisiko oder steigenden Krankheitskosten). Dadurch ergibt sich für die Aufsichtsbehörden das Problem, dass die

traditionellen funktionalen und organisatorischen Grenzen zwischen Banken und Versicherungsunternehmen immer stärker verschwimmen. Dabei handelt es sich um die Fortsetzung eines bestehenden Trends, auf den von Aufsichtlicher Seite bereits reagiert wurde, indem in zahlreichen Ländern sektorübergreifende Finanzmarktaufsichtsbehörden gegründet wurden und ein rechtlicher Rahmen für Finanzkonglomerate geschaffen wurde. Dennoch könnte sich das Risiko sektorübergreifender Contagion-Effekte erhöhen, und die Aufsichtsbehörden sind gefordert, ihr Verständnis der komplexen Interaktionen zwischen Banken und Versicherungsunternehmen (weiter) zu vertiefen. Allerdings können sich im Zusammenhang mit neuen Risiken noch zusätzliche Herausforderungen ergeben, wenn Märkte unvollständig sind und Risiken daher nicht umfassend abgesichert werden können. Ein Beispiel, das in den letzten Jahren intensiv diskutiert wurde, ist das Langlebighkeitsrisiko. Aufgrund der Unvollständigkeit des Marktes ergeben sich nicht unerhebliche Risiken und Kosten für den Bankensektor. Zwar ist der Staat durch die Möglichkeit Steuern zu erheben in der Lage, im Zuge der Begebung von Langlebighkeitsbonds als Risikoträger letzter Instanz zu fungieren, wodurch Risiken innerhalb der Gesellschaft gestreut werden können, nachdem der Risikofall eingetreten ist. Andererseits ist die öffentliche Hand ohnehin bereits einem erheblichen Langlebighkeitsrisiko ausgesetzt, da aufgrund des öffentlichen Gesundheitswesens und des staatli-

chen Pensionssystems eine positive Korrelation zwischen Staatsausgaben und Lebenserwartung der Bevölkerung besteht.

- Durch die wachsende Rolle kapitalgedeckter Pensionen (d.h. ergänzende betriebliche Altersvorsorge) könnte sich der Druck auf die Aufsichtsinstanzen erhöhen, die Lebensersparnisse von Rentnern besser zu schützen, was wiederum ein erhöhtes *Regulierungsrisiko* für die Banken bedeutet. Vooght (2006) hebt die daraus resultierenden Folgen für den Bankensektor hervor: Angesichts der zunehmenden Rolle der Banken als Anbieter von Altersvorsorgeprodukten könnten Stimmen laut werden, die die Einführung neuer gesetzlicher Bestimmungen fordern, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. Clark (2004) und Schmitz (2006) zeigen, dass die aktuellen Corporate Governance-Strukturen überbetrieblicher Pensionskassen ein Risiko für die Anwartschaftsberechtigten darstellen. Dies ist sowohl bei dem z. B. im Vereinigten Königreich praktizierten Treuhandsystem der Fall, als auch bei Systemen (wie beispielsweise in Österreich), in denen überbetriebliche Pensionskassen als Kreditinstitute zugelassen und in Form von Aktiengesellschaften organisiert sind. Da der Bankensektor in Österreich maßgeblich an überbetrieblichen Pensionskassen beteiligt ist, könnte sich ein entsprechend hohes Regulierungsrisiko ergeben.
- Innovationen konzentrieren sich auf Produkte und Dienstleistungen, die zinsunabhängige Erträge erzielen, um auf diese Weise den rückläufigen Trend der Nettozinsenerträge zu kompensieren. Wie

bereits an anderer Stelle erläutert, handelt es sich dabei unter anderem um die Erweiterung des Angebots an kundenbezogenen Beratungsleistungen, Vermögensverwaltungsservices, Altersvorsorge-/Rentenprodukten und weiterführenden Dienstleistungen. Die zunehmende Bedeutung von Finanzintermediären aus dem Nichtbankensektor, verbunden mit der Rolle der Banken auf den Finanzmärkten (z. B. als Market-Maker oder Broker) und als Teilhaber von Finanzintermediären aus dem Nichtbankensektor, könnte zu einem Anstieg der Erträge aus Gebühren, Provisionen und Dividenden führen, die von Finanzintermediären aus dem Nichtbankensektor an Banken fließen. Vor dem Hintergrund des Abwärtsdrucks auf die Zinserträge sowie die Margen führt dies zu einem *erhöhten Anteil zinsunabhängiger Erträge* am Gesamtgewinn. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Stabilität des Finanzsystems hängen einerseits von der Volatilität der zinsunabhängigen Erträge ab und andererseits davon, inwieweit Schocks, von denen zinsunabhängige Erträge betroffen sind, mit Schocks im Bereich der Zinserträge korrelieren.

6.3 Aufwärtsdruck auf Länderrisiko, politisches Risiko und Wechselkursrisiko

Internationale Diversifikation ist eine verbreitete strategische Reaktion auf die Bevölkerungsalterung. Dies könnte jedoch zur Folge haben, dass im Bankensektor eine *Zunahme des Länderrisikos, des politischen Risikos und des Wechselkursrisikos* zu verzeichnen ist. Zudem handelt es sich bei vielen Län-

dern, die nicht von demografischen Alterungsprozessen betroffen sind, um Schwellenmärkte; daher kann ein höheres Rechts- bzw. operatives Risiko bestehen als in traditionellen Märkten, in denen die Banken mehr Erfahrung haben. Die Auswirkungen für die Bankenaufsicht sind jedoch gering, da sowohl Banken als auch Aufsichtsinstanzen mit diesen Risiken bereits vertraut sind und ihnen in Form von Risikomanagementmodellen bzw. durch Eigenkapitalerfordernisse Rechnung tragen. Folglich kann sich die Bankenaufsicht auf die Frage konzentrieren, inwieweit Banken innerhalb des traditionellen Rahmens in der Lage sind, mit den erhöhten Risiken umzugehen. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Wechselkursschocks und Länderrisiken innerhalb betroffener Regionen häufig korrelieren (Beispiel Asienkrise). Als Reaktion auf das (weiter) wachsende Risiko-Exposure von Banken gegenüber Schwellenmärkten könnten die Aufsichtsbehörden auch daran arbeiten, die internationale Koordination und Kooperation (weiter) zu verbessern.

6.4 Aufwärtsdruck auf das Kredit- und Besicherungsrisiko bei Hypotheken

Aufgrund der Auswirkungen der demografischen Alterung auf Wohnimmobilienmärkte werden Banken vermehrt die Konditionen für ihre Hypotheken ändern. Zunehmende Preisstreuung und -fluktuationen können für kleinere, weniger diversifizierte Hypothekenportfolios ein erhöhtes *Besicherungsrisiko* bedeuten, wodurch sich die Notwendigkeit von *höheren Rücklagen für Hypothekenausfälle* ergibt. Eine regionale Konzentration von Hypotheken könnte somit für die Bankenaufsicht an Bedeutung

gewinnen. Da kleinere, schwächer diversifizierte Hypothekenportfolios einem größeren Besicherungsrisiko unterliegen, sind detailliertere Bewertungs- und Risikomanagementmodelle erforderlich, die diesen Veränderungen Rechnung tragen können. Um das Verhältnis zwischen Risiko und Ertrag zu verbessern, ist eine breite regionale Streuung der Hypothekenportfolios erforderlich, die entweder durch die direkte Erschließung neuer regionaler Märkte oder die Veranlagung in Immobilienfonds mit einem entsprechenden regionalen Schwerpunkt erreicht werden kann. Preisindizes zu Wohnimmobilien sind vielfach nicht genügend aussagekräftig, um als Basis für Hedginginstrumente zur effizienten Absicherung gegen Preisunsicherheiten bei Wohnimmobilien auf regionaler und lokaler Ebene zu dienen. Sind auf dem Markt keine brauchbaren Indizes verfügbar, könnten die Aufsichtsbehörden gefordert sein, dieser Problematik Abhilfe zu schaffen.

6.5 Zunehmende Bedeutung grenzüberschreitender Filialnetze

Um die räumliche Nähe zu ihren Kunden zu gewährleisten, ändern Banken verstärkt ihre Filialnetzstrategien – unter anderem auch in Reaktion auf die zunehmende (temporäre) Abwanderung von Pensionisten in traditionelle Urlaubsziele. Daher könnten *grenzüberschreitende Filialnetze* künftig an Bedeutung gewinnen, besonders in der EU. Grenzüberschreitenden Filialnetzen wird durch die im aktuellen Aufsichtsrahmen vorgenommene Differenzierung der Zuständigkeiten von „Heimat-“ bzw. „Gastland“ grundsätzlich Rechnung getragen. Somit ergibt sich neben der generellen Notwendigkeit,

die Koordination und Kooperation (weiter) zu verbessern, aus etwaigen Neuentwicklungen auf diesem Gebiet kein unmittelbarer Handlungsbedarf für die Aufsichts- und Kontrollinstanzen.

6.6 Zusätzliche Risiken aufgrund der Erschließung neuer Ertragspotenziale und zunehmender Risikotoleranz

Um sich ihre strategische Relevanz gegenüber Kunden zu erhalten, werden Banken unter anderem versuchen, ihren Kunden attraktivere Erträge zu bieten. Dieses Streben nach Ertragsmaximierung – zusammen mit einem erhöhten Wettbewerbsdruck – könnte Banken dazu veranlassen, ihre *Risikotoleranz* zu erhöhen, wodurch eine Aufstockung der Vorsorge für Kreditausfälle erforderlich würde. Allerdings zeichnen sich angesichts der strengen Richtlinien zur Eigenmittelausstattung und der zusätzlichen Anreize für Banken, aus Imagegründen ihr Risikomanagement, ihre Corporate Governance und ihre Compliance zu verbessern, keine unmittelbaren aufsichtlichen Folgen ab. Allerdings sollte verstärktes Augenmerk auf die potenziell höhere Schwankung der Eigenkapitalquoten gerichtet werden.

7 Zusammenfassung

Im Rahmen des OeNB-Programms zum Thema „Ageing and its implications for banks and bank strategy“ wurde zunächst die primäre Erkenntnis gewonnen, dass der Bevölkerungswandel tatsächlich Auswirkungen auf den Bankensektor und die von Banken eingesetzten Strategien haben wird. Die wichtigsten Zusammenhänge zwischen demografischer Entwicklung und dem Bankwesen können folgendermaßen zusammenge-

fasst werden: Die deutlichsten Auswirkungen wird die Bevölkerungsalterung voraussichtlich auf Umfang und Struktur der Nachfrage nach Bankdienstleistungen und -produkten im Privatkundenbereich haben. Ebenso wird erwartet, dass aufgrund des demografischen Wandels der langfristige Realzinssatz fallen und sich die regionale Preisstreuung und die Volatilität des Wohnimmobilienmarktes verstärken wird.

Wie werden die Banken auf diese Entwicklungen reagieren? Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen eine innovative Neugestaltung der Produktpalette, die Neuorientierung der Vertriebswege und gezielte Marketingstrategien, die die Generation 50+ ansprechen. Breiter Konsens besteht auch hinsichtlich der Bedeutung internationaler Diversifikation. Um sich ihre strategische Relevanz gegenüber ihren Kunden zu erhalten, werden Banken vermutlich einen besonders hochwertigen Service und/oder überdurchschnittliche Risiko-/Ertragsprofile anbieten und sich außerdem auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren müssen.

Als wichtigste Auswirkungen für die Stabilität des Finanzsystems sind ein verstärkter Konkurrenzdruck, eine Verschlechterung im Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen und rückläufige Einkünfte aus Fristentransformation zu nennen, wodurch sich ein Abwärtsdruck auf die Profitabilität der Banken ergeben könnte. Dies wiederum wirkt sich nachteilig auf die Fähigkeit der Banken aus, negative Schocks durch Gewinne im betreffenden Zeitraum abzufedern, weshalb die Wahrscheinlichkeit einer Beein-

trächtigung ihrer Eigenmittelquote durch Schocks steigt. Eine weitere Auswirkung ist die verstärkte Orientierung in Richtung zinsunabhängiger Erträge. Durch neue Produkte können Banken (aber auch Privathaushalte) im Vergleich zu traditionellen Produkten vermehrt operativen Risiken, Reputations- und Rechtsrisiken sowie zunehmend auch Versicherungsrisiken ausgesetzt sein. Durch eine Ausweitung der internationalen Diversifikation könnten sich ein erhöhtes Wechselkursrisiko und ein Anstieg im Länder- und politischen Risiko ergeben.

Die unmittelbaren Implikationen für die Bankenaufsicht sind weitgehend moderat: Eventuell könnte eine Neubewertung der gesetzlichen Mindesteigenkapitalquote stattfinden, da die Bedeutung der Eigenmittel im Rahmen der Absorption von Schocks relativ zum Periodengewinn steigen könnte. Um das Rechtsrisiko für die Banken zu senken, könnten die Aufsichtsbehörden möglicherweise die Einführung neuer gesetzlicher Rahmenbestimmungen für neue Produkte vorantreiben. Angesichts der zunehmenden Komplexität von Finanzprodukten und der kontinuierlichen Risikoabwälzung auf Privathaushalte sind Maßnahmen erforderlich, die die Markt- und Preistransparenz für die Kunden erhöhen und einen angemessenen Verbraucherschutz sicherstellen. In jedem Fall sind sowohl Banken als auch Aufsichtsinstanzen gefordert, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Bankensektor und die Stabilität der Finanzmärkte laufend zu beobachten.

Literaturverzeichnis

1 Workshop-Präsentationen

A. Workshop „Ageing and its implications for banks and bank strategy I“ (in chronologischer Reihenfolge der Vorträge)

Wood, G. E. 2006. The Implications of an Ageing Population for the Banking Sector.

Lebhart, G. 2006. Demographic Change, Aging and Migration: Austrian Developments in a European Perspective.

Tichy, G. 2006. The Economic Consequences of Demographic Change: Its Impact on Growth, Investment, and the Stock of Capital.

Winter, J. 2006. Demographic Change, Savings, and Financial Markets: Supply and Demand for Capital.

Robischon, T. 2006. The Impact of Demographic Change on Real Estate Demand.

Raab, T. 2006. Demographic Change and the Future of Financial Services.

Tourdjman, A. 2006. Demographic Change and the Future of Banking.

B. Workshop „Ageing and its implications for banks and bank strategy II“ (in chronologischer Reihenfolge der Vorträge)

Vooght, N. 2006. Demographic Change and Its Impact on Bank Strategy: Ageing and Private Wealth Accumulation – Achieving Customer Focus.

Weiss, H. 2006. Ageing: A Challenge for Bank Revenues.

Thompson, M. 2006. Capturing the Needs of Future Generations and the Search for Asset Returns.

Hedrich, C. 2006. Towards an Aging Society – Strategic Challenges for Banks.

Bosek, P. 2006. The Response to Demographic Change – The Perspective of Erste Bank.

Kraft-Kinz, G. 2006. The Response to Demographic Change – the Perspective of a Network of Local Banks.

2 Andere Quellen

Clark, G. L. 2004. Pension Fund Governance: Expertise and Organisational Form. *Journal of Pension Economics and Finance* 3. 233–253.

EZB. 2006. The Impact of Ageing on EU Banks. Report on EU Banking Structures. Frankfurt/Main. 21–37.

Ausschuss für Wirtschaftspolitik und Europäische Kommission. 2006. The Impact of Ageing on Public Expenditure: Projections for the EU25 Member States on Pensions, Health Care, Long-term Care, Education and Unemployment Transfers (2004–2050). Special Report Nr. 1/2006. Brüssel.

Europäische Kommission. 2006. Financial Integration Monitor 2006. SEK(2006) 1057. Brüssel.

Gomez-Salvador, R., A. Musso, M. Stocker und J. Turunen. 2006. Labour Productivity Developments in the Euro Area. ECB Occasional Paper Nr. 53. Frankfurt/Main.

McCarthy, D. und A. Neuberger. 2003. Pensions Policy: Evidence on Aspects of Savings Behaviour and Capital Markets. Centre for Economic Policy Research (CEPR). London.

OECD. 2005. The Impact of Ageing on Demand, Factor Markets and Growth. *Economics Working Paper No. 240*. Paris.

Schmitz, S. W. 2005. Demographische Entwicklung, kapitalgedeckte Pensionsvorsorge und Finanzmarktstabilität. In: Oesterreichische Nationalbank (OeNB). Finanzmarktstabilitätsbericht 9. 99–116.

- Schmitz, S. W. 2006.** The Governance of Occupational Pension Funds and the Politico-Economic Implications: The Case of Austria. In: Mooslechner, P., H. Schuberth, B. Weber (Hrsg.). The Political Economy of Financial Market Regulation: The Dynamics of Inclusion and Exclusion. Cheltenham: Edward Elgar: 214–246.
- Schmitz, S. W. 2007.** The Impact of Projected Demographic Developments on Funded Pension Provision in Austria. In: Balling, M., F. Lierman (Hrsg.). Money, Finance and Demography – the Consequences of Ageing. SUERF – Société Universitaire Européenne de Recherches Financières. Lissabon (im Erscheinen).
- Timmer, M., G. Ypma und B. van Ark. 2003.** IT in the European Union: Groningen: Groningen Growth and Development Centre Research Memorandum GD-67.